

Gestärkt aus der Krise: eine soziale und ökologische Industriepolitik für unsere Schlüsselindustrie

Ein aktiver Staat als Garant für Wohlstand und Beschäftigung

Die Corona-Krise strapaziert die deutsche Wirtschaft mehr als jede andere Krise, die wir in den letzten Jahrzehnten erlebt haben. Wir erleben einen ökonomischen Einbruch, wie wir ihn uns nicht haben vorstellen können. Zahlreiche bis vor wenigen Monaten gesunde Unternehmen kämpfen um ihre Existenz, viele weitere sehen sich aufgrund der Unsicherheit des weltweiten Pandemiegeschehens kaum zu mittelfristigen Prognosen in der Lage.

Corona ist eine Herausforderung für unser Gesellschafts-, Wirtschafts- und Wohlstandsmodell. Deutschland steht für eine offene Gesellschaft, einen freiheitlich verfassten Staat und eine soziale, auf Wettbewerb fußende Marktwirtschaft. Die letzten wie die kommenden Monate entscheiden darüber, wie wir alle miteinander, wie unsere Institutionen und unsere Wirtschaft aus dieser Krise hervorgehen. Die Sozialdemokratie steht für das Verbindende zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, für Teilhabe in einem ganz umfassenden Sinne und für einen Fortschritt, der technologisch, ökonomisch, sozial und ökologisch unser Land zu einem besseren macht. Dieses Versprechen wollen wir als SPD auch für die Zeit nach der Krise erneuern.

Die Auswirkungen der Pandemie zeigen, dass dem Staat neben der Bekämpfung der unmittelbaren Gesundheitsrisiken von COVID19 eine Schlüsselrolle bei der Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft zukommt. Die infolge der Corona-Krise beschlossenen Staatshilfen sind im weltweiten Vergleich einmalig in der Höhe. Das Kurzarbeitergeld gibt Unternehmen und Beschäftigten in allen Branchen Sicherheit und federt den Wirtschaftseinbruch sozial ab. Die Hilfen haben tausende Kleinunternehmer vor der Pleite bewahrt. Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds sichert insbesondere größeren Unternehmen die notwendige Finanzkraft zum Überleben und stabilisiert so unsere Wirtschaft insgesamt. Mit den Überbrückungshilfen stützen wir unsere mittelständisch geprägte, vielfältige Unternehmenslandschaft und helfen ihr durch die Krise. Durch schnellere Abschreibungsmöglichkeiten setzen wir Investitionsanreize für Unternehmen, zeitnah in die Anschaffung von beweglichen Wirtschaftsgütern zu investieren. Und die befristete Absenkung der Umsatzsteuer gibt einen starken Impuls für mehr private Nachfrage auch gerade bei höherpreisigen Gütern. Zusammen mit den im Corona-Konjunkturpaket beschlossenen Investitionen unter anderem in E-Mobilität, in die Wasserstofftechnologie und in die Digitalisierung stehen diese Maßnahmen für den Anspruch, unsere Wirtschaft zu stabilisieren und Arbeitsplätze zu sichern und gleichzeitig mit Innovationsimpulsen den Unternehmen zu helfen, auf strategisch wichtigen Feldern wettbewerbsfähig zu werden.

Wir brauchen ein Bündnis zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und einem aktiven Staat. Neoliberale Politikangebote können die Probleme nicht lösen - weder der Markt allein noch der von einigen schon wieder geforderte angeblich reinigende Wettbewerb wird uns aus der Krise helfen und auch nicht beim Strukturwandel zum Erfolg führen. Staatliche Handlungsfähigkeit und die Sozialpartnerschaft bewähren sich gerade in der Krise. Wir wollen einen stabilisierenden Weg aus der Krise, der unsere Wettbewerbsfähigkeit erhöht, Beschäftigung sichert und der die Lasten der Krisenbewältigung gerecht verteilt, der Arbeitsplätze und Strukturen erhält und die Transformation perspektivisch voranbringt.

Die deutsche Industrie als Schlüssel für Wohlstand und Beschäftigung

Die Industrie ist ein maßgeblicher Grund für die Stärke des Standortes Deutschland und für unseren Wohlstand. Automobilindustrie, Maschinenbau, Chemie, Metallgrundstoffindustrie sowie Energie- und Umwelttechnologie sind Garanten für ein ökonomisch starkes Deutschland, mit hoher Innovationsquote und mit gut bezahlten und qualifizierten Beschäftigten. Die Krise führt insbesondere in der export-orientierten deutschen Industrie zu extremen Verwerfungen und trifft damit einen Sektor, der durch Klimaschutzanstrengungen und Digitalisierung ohnehin schon unter doppeltem Anpassungsdruck steht. Die Antwort darauf kann unserer Auffassung nach nicht sein, dass wir begonnene Reformen rückgängig machen oder erreichte Standards abschwächen. Wir verstehen die Klimaziele 2030 als ein Wachstumsprogramm für die deutsche Wirtschaft für die kommenden zehn Jahre. Unser Anspruch ist daher, dass die deutsche Industrie aus der Krise gestärkt hervorgeht. Das bedeutet eine doppelte Anstrengung, zu der es keine Alternative gibt. Wenn wir die Transformation sozial und ökologisch gestalten und unsere gute industrielle Ausgangsbasis weiterentwickeln, werden wir unsere Wirtschaft für das kommende Jahrzehnt im Wettbewerb stärken und können mehr Arbeitsplätze aufbauen.

Mit dem Corona-Konjunkturpaket haben wir daher einen starken Impuls für Innovationen, für neue Entwicklungen auf den Feldern Klimaschutz und Digitalisierung gesetzt. Die Umsetzung des Paketes muss jetzt unkompliziert und schnell erfolgen, um nicht seine Wirkung zu verlieren. Wir erwarten, dass bis Jahresende auf den maßgeblichen Feldern Wasserstoff, Mobilität und Künstliche Intelligenz eine konkrete Roadmap für die Umsetzung vorliegt.

Die SPD war immer die Partei, die das Gemeinwohl als leitenden Anspruch ihrer Politik konkret mit Inhalten unterlegt hat. Mit diesem Anspruch stehen wir auch für eine gestaltende Rolle des Staates auf den relevanten Zukunftsfeldern für unsere Wettbewerbsfähigkeit, für Beschäftigung und gute Einkommen. Wir wollen jetzt Strukturen schaffen, mit denen wir für morgen Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung sichern und die unsere Unternehmen trotz Corona zu weltweit aktiven Mitgestaltern bei der Bewältigung der Generationenaufgaben des Klimawandels und der Digitalisierung machen. Der Staat muss diese Transformation eng begleiten und nachsteuern, wenn die Maßnahmen nicht ausreichend greifen und verstärkt werden müssen oder wenn Verwerfungen oder Nachteile im internationalen Wettbewerb auftreten und dadurch Beschäftigungschancen verloren gehen.

Die deutsche Automobilindustrie ist Leitindustrie

Der Strukturwandel in der Automobilindustrie ist eine der zentralen politischen, ökonomischen und klimapolitischen Herausforderungen dieses Jahrzehnts. Dass der Strukturwandel gelingt, ist von höchster Relevanz für Deutschlands Wohlstand, für die Wirtschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Automobilindustrie ist die führende Industrie Deutschlands und muss Leitindustrie bleiben. Sie steht für qualifizierte und gut bezahlte Arbeitsplätze, eine hohe Tarifbindung, eine überdurchschnittliche Zahl an Innovationen, die höchsten Forschungsbudgets weltweit und eine stabile und wettbewerbsfähige Wertschöpfungskette inklusive Service, Vertrieb und Handel. Durch einen engen Verbund mit den Zuliefer- und Grundstoffindustrien sowie dem Maschinen- und Anlagenbau besitzt sie eine hohe Wertschöpfungstiefe und zudem eine systemische Relevanz für den Industriestandort und damit die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand Deutschlands. Zudem haben die Kooperationsstrukturen in der Forschung und Entwicklung mit Universitäten und in der Fertigung mit den Zulieferern eine hohe regionale Bedeutung und Standortrelevanz. Die Automobilindustrie bringt Millionen Menschen in gute Jobs, sichert ein hohes Qualifikationsniveau, ermöglicht beruflichen Aufstieg und regionalen Wohlstand. Sie ist seit Jahrzehnten ein hervorragendes Beispiel für eine gelingende gesellschaftliche Integration durch Arbeit.

Transformation in der Krise

Klimaschutz, Digitalisierung und ein sich veränderndes Mobilitätsverhalten insbesondere in Städten und Ballungsräumen setzen Politik und Automobilindustrie unter erheblichen Veränderungsdruck. Der Strukturwandel und die notwendige technologische Erneuerung wurden lange zu zögerlich angegangen. Mittlerweile befinden sich die deutschen Hersteller in einem deutlichen Aufholprozess. Die Folgen der Corona-Pandemie werden die Transformation der Autokonzerne sowie insbesondere der Zulieferindustrien krisenhaft beschleunigen. Die Absatzkrise im Verbrennerbereich und die fehlende Verfügbarkeit von Fahrzeugen mit neuen, alternativen Antrieben nehmen zudem momenthaft Entwicklungen vorweg, die in den kommenden fünf bis zehn Jahren über die Wettbewerbsfähigkeit und weitere Existenz einer deutschen Automobilindustrie entscheiden. Das gilt insbesondere auch und früher als erwartet für den Zulieferbereich, in dem viele Unternehmen mit erheblichen Schwierigkeiten kämpfen und unsicher ist, ob und wie sie diese bewältigen.

Die Antriebsfrage ist zugunsten der strombasierten Antriebe entschieden, bis 2030 muss mit Blick auf die internationalen Klimaziele und die im Klimaschutzgesetz definierten Ziele annähernd die Hälfte des Pkw-Absatzes in Deutschland auf alternative Antriebe entfallen. Angesichts des Klimawandels und der daraus resultierenden Klimaschutzverpflichtungen entscheiden die alternativen Antriebe über die Exportchancen deutscher Fahrzeuge und die damit verbundenen Kompetenzen zum Beispiel bei Speichertechnik, Einsatz Erneuerbarer Energien und innovativer Materialien. Zudem wird die Digitalisierung der Fahrzeuge nach dem Wegfall der klassischen Motor- und Getriebefertigung zu einem neuen Kern der Wertschöpfung im Automobilbau führen. Mit der Folge komplett neuer Beschäftigungsprofile für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Konzernen.

Strukturwandel gestalten, Beschäftigung sichern

Vor dem Hintergrund stellen sich Fragen nach der Zukunft unserer Industrie und den Möglichkeiten einer Verbreiterung der unternehmerischen Wohlstandsbasis, nach dem Wegfall von traditionellen und dem Entstehen von zukunftsfesten Arbeitsplätzen. Veränderungen sind nötig, um die Zukunftsfähigkeit und damit die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie und der mit ihr zusammenhängenden Branchen zu sichern und damit weiter Wohlstand, gute Einkommen und sichere Arbeitsplätze mit hohem Qualifikationsniveau garantieren zu können. Wir wollen den Strukturwandel gestalten, um gute Arbeit von Morgen zu sichern, und gleichzeitig den gesellschaftlichen Erwartungen an eine klimaneutrale Mobilität gerecht werden. Dafür braucht es angesichts der langen Zyklen in der Fahrzeugentwicklung und bei der notwendigen Anpassung der Produktion und der Fabrikstandorte langfristige Planungssicherheit.

Wichtig ist, Brüche wo möglich zu vermeiden und an dem Beschlossenen konsequent zu arbeiten, Umsetzungsorientierung und die Bündelung von staatlichen und privaten Investitionen zum Aufbau neuer Innovations- und Produktionsstrukturen. Staat und Politik müssen in dieser Situation den Interessenausgleich zum Wohle der Menschen organisieren, die mit ihrer Arbeit und den dafür gezahlten Einkommen ihr Leben bestreiten. Deutschland muss Knowhow und Kapazitäten aufbauen, um die Einhaltung der globalen Klimaziele zu ermöglichen und gleichzeitig industriell einen Innovationsschub zu erreichen. Das ist nur mit einer leistungsfähigen Wirtschaft mit qualifizierten Arbeitskräften möglich.

Gute Arbeit von morgen sichern

Die Arbeitswelt ist in einem schnellen Wandel. Auch Jobs, die heute gute Arbeit garantieren, können wegfallen. Unser Anspruch ist es, nicht nur möglichst viele Jobs zu sichern und vor allem auch neue gute und qualifizierte Arbeitsplätze entstehen zu lassen, die unter den Bedingungen des Klimawandels und der damit einhergehenden gesellschaftliche Veränderungen Bestand haben. Dafür wollen wir neue Wertschöpfung schaffen.

Die Sicherung von qualifizierten Fachkräften ist eines der zentralen Themen in einem dynamischen, innovationsgetriebenen Marktumfeld für die deutsche Wirtschaft in den kommenden zehn Jahren. Wir haben die

Chance, durch Qualifizierung die Zukunftskompetenzen aufzubauen, als Arbeitsmarkt international attraktiver zu werden und so nachhaltig Beschäftigung zu sichern.

Der Strukturwandel findet statt vor dem Hintergrund eines auch durch die Corona-Krise nicht gebremsten weltweiten Wettbewerbs. Die globalen Verdrängungskräfte sind enorm. Deutschland muss seine nationalen Interessen beziehungsweise die seiner Unternehmen und der Beschäftigten strategisch durchdenken. In dem bereits seit einiger Zeit und auch am konkreten (Windkraft, E-Mobilität, Kohleausstieg) diskutierten Risikobereich zwischen klimapolitisch Notwendigem, gesellschaftspolitisch Gewünschtem und wirtschaftlich am Ende Erfolgreichen wird sich in den kommenden Jahren entscheiden, inwieweit deutsche Unternehmen und vor allem auch die stark vom Mittelstand getragene deutsche Wirtschaftsstruktur von dieser Transformation profitieren sowie Wachstum und Arbeit zu sichern in der Lage sind. Vor dem Hintergrund müssen wir uns nicht nur fragen, wie wir von den weltweiten Märkten profitieren, sondern auch, wie wir in der Transformation den deutschen und europäischen Markt sichern und schützen, indem wir negative, wettbewerbsverzerrende Verteilungsfolgen für unsere Unternehmen vermeiden beziehungsweise, wo im Strukturwandel durch Innovationskosten komparative Nachteile entstehen, gegen ausländische Konkurrenz schützen.

Der Staat muss sich daher zu technologischen Entwicklungen bekennen, um zukünftige Wertschöpfungspotenziale möglich zu machen und diese auch für deutsche Unternehmen zu sichern. Der private Sektor allein wird die Transformation nicht schaffen. Eine Transformation als rein marktgesteuerter Prozess könnte zu einem nachhaltigen Verlust deutscher Kernindustrien führen beziehungsweise zu deren Übernahme durch ausländische Investoren, und würde damit mit hohem Risiko für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausgetragen. Politik muss daher einer für die Wirtschaft verlässlichen Innovations- und Modernisierungsgenda folgen und die Unternehmen, wo zur Sicherung von Schlüsselinnovationen nötig, notfalls auch finanziell stützen.

Innovationen fördern, neue Bündnisse eingehen

Eine hoch technologisierte Industrie wie der Automobilsektor lässt sich nicht von heute auf morgen umsteuern, es braucht den Aufbau neuer Kompetenzen, mehr Forschung und Entwicklung, mehr Qualifizierung und kürzere Innovationszyklen. Aber die Corona-Krise hat Entwicklungen beschleunigt und Handeln damit umso dringlicher gemacht. Es ist Aufgabe eines aktiven Staates, die Innovationsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und gute Arbeit mit zu sichern, indem in den relevanten Technologien und Märkten die wirtschaftspolitischen Akteure unterstützt werden. Das erfordert einen strategischen Ansatz, Innovationsoffenheit, eine pragmatische, auf Umsetzung orientierte Politik, ein partnerschaftliches Verständnis mit Sozialpartnern und Unternehmen und einen aktiv marktgestaltenden Staat.

Wir verstehen den dafür notwendigen, zugleich praxisnahen wie strategischen Dialog als ein auf die nächsten Jahre angelegtes Transformations-Bündnis von Politik, Sozialpartnern und Unternehmen. Wir wollen einen Zukunftspakt Automobil, der alle Beteiligten in die Verantwortung nimmt. Wir wollen die aktuell drohenden Brüche soweit wie möglich abfedern und einen Angebots- wie Nachfrageschub für moderne Neufahrzeuge im E-Mobilitätsbereich ermöglichen, indem wir die dafür notwendigen Zukunftsinvestitionen weiter ausreichend staatlich kofinanzieren, die Infrastrukturen schnell ausbauen und zentrale Forschungs- und Entwicklungsbereiche zielgenau unterstützen. Durch verlässliche Weiterbildung und Qualifizierung wollen wir den Beschäftigten (neue) Perspektiven eröffnen, wo dies notwendig ist. Wir wollen Berufseinsteigern mit Studien- oder dualen Ausbildungsabschlüssen als qualifizierten Nachwuchskräften Beschäftigungsperspektiven eröffnen. Dazu bedarf es verbindlicher Vereinbarungen zwischen Industrie, Gewerkschaften, Bund und Ländern. Auf diese Weise schaffen wir Sicherheit für die Arbeitsplätze der Zukunft, für die Unternehmen und für den Automobilstandort Deutschland.

Umsetzung des Corona - Konjunkturprogramms zentral

Das Konjunkturprogramm zur Bewältigung der Corona-Krise muss zügig und konsequent in enger Abstimmung mit Sozialpartnern und Unternehmen umgesetzt werden. Wichtig ist Verlässlichkeit: der Ausbau

notwendiger Infrastrukturen wie der Ladeinfrastruktur, von Wasserstoffnetzen und -erzeugungskapazitäten muss schnellstmöglich realisiert werden. Ankündigungen und Wirklichkeit klaffen hier derzeit noch auseinander. Ebenso müssen die Förderung des Flottenaustauschs auf Fahrzeuge mit Elektroantrieb für Soziale Dienste, Handwerker und Unternehmen sowie das Bus- und LKW-Flotten-Modernisierungsprogramm für alternative Antriebe möglichst schnell umgesetzt werden. Auch diese Programme setzen wichtige Nachfrageimpulse für die Industrie und sorgen zudem für sauberere Luft und weniger Lärm.

Unser Ziel ist der Aufbau neuer Wertschöpfungsketten entlang der industriellen Kernkompetenzen in Deutschland, vor allem dem Automobil- und Mobilitätssektor, Maschinen- und Anlagenbau und auf diesem Wege die Schaffung neuer guter Arbeitsplätze der Zukunft. Dazu braucht es eine Schwerpunktsetzung im Kompetenzaufbau, Deutschland muss zum Pionierland industrieller Kernkompetenzen unter den Herausforderungen des Klimaschutzes und der Digitalisierung werden. Vor diesem Hintergrund wurden industriepolitisch relevante Pakete beschlossen, um Wertschöpfung und Arbeitsplätze auf diesen Feldern in Deutschland zu halten: das Handlungskonzept Stahl, die Wasserstoffstrategie, das Konjunkturpaket, der erleichterte Ausbau der Erneuerbaren Energien, der massive Ausbau der KI-Forschung und eine weitere Stärkung der Batteriefertigung in Deutschland. Diese Handlungspakete müssen jeweils mit Blick auf ihre Auswirkungen auf den Automobilsektor integriert gesteuert und vor allem beschleunigt umgesetzt werden.

Mittelstand und Zulieferer unterstützen

Deutschlands Stärke im industriellen Bereich ist die mittelständische Struktur und hier im Automobilbereich insbesondere die Zulieferindustrie. Auf die Unternehmen im Zulieferbereich kommt die größte Herausforderung zu. Viele in der Kette produzierte Produkte werden mit der Elektrifizierung des Antriebsstrangs und der Digitalisierung nicht mehr benötigt, nicht alle der Unternehmen besitzen die Kapitaldecke und die Innovationskraft um sich allein neu zu erfinden. Wo kleine und mittelständische Unternehmen heute schon in Schwierigkeiten, aber tragfähige neue Geschäftsmodelle erkennbar sind, greifen aktuell die Überbrückungshilfen und die Finanzierungsunterstützungen aus dem Konjunktur- und Zukunftspaket für die Phase der Umstellung auf neue Technologien. Hierzu können aber auch weitere Instrumente gehören, wie zum Beispiel die Einrichtung von Beteiligungsfonds, die sich an regionalen Transformationsstrategien orientieren.

Regionale Strukturwandeleffekte abfedern, neue Wertschöpfung aufbauen

Der Strukturwandel im Automobilbereich hat eine stark branchenorientierte regionale Komponente. Wir müssen die disruptiven Transformationsprozesse der Wertschöpfungskette flankierend organisieren. Die Herausforderung ist, die Zulieferer in neuen Clustern zu Transformationsregionen zu verbinden, zum Beispiel über die Gründung von Transformationsagenturen, unterlegt mit regionalen Strukturwandelfonds, die sowohl Beschäftigungssicherung in den absehbar über die kommenden Jahre noch benötigten Bereichen als auch den Aufbau neuer Innovationsstrukturen ermöglichen. Die Betriebe einer solchen Region sollen mit den politischen Akteuren, mit Gewerkschaften, regionalen Wirtschaftsverbänden regionale Transformationsstrategien entwickeln, die durch Bund und Länder mit Strukturhilfen unterstützt werden können. Ein Beispiel dafür sind die Hilfen zur Strukturstärkung für die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen.

Förderung der Batteriezellfertigung als industrie- und arbeitsmarktpolitische Zukunftsmaßnahme

Die ausreichende Produktion und Verfügbarkeit von Batteriezellen stellt eine absolut notwendige Bedingung für den Markthochlauf der Elektromobilität dar - die Erhöhung der Produktionskapazitäten in Deutschland ist industriepolitisch zwingend notwendig. Derzeit sind Batterieerzeugnisse und die damit verbundene Abhängigkeit von asiatischen Herstellern ein wesentlicher Flaschenhals.

Daher muss die Batteriezellproduktion in Deutschland wesentlich ausgeweitet werden. Unser Wirtschaftsstandort hat ein erhebliches Interesse an geschlossenen Wertschöpfungsketten innerhalb Deutschlands und Europas. Von der Entwicklung über die Produktion von Zellen und Batterien bis hin zum Recycling wollen wir Know-How und Arbeitsplätze dauerhaft in unserem Land halten und neue entstehen lassen.

Um im anstehenden Preiskampf mit den Konkurrenten aus Asien bestehen zu können, sind die Rahmenbedingungen so anzupassen, dass sich eine Produktion in Deutschland auch wirtschaftlich lohnt. Die beihilferechtlichen Grundlagen zur Förderung der Batterietechnologie müssen rechtssicher geregelt werden. Investitionszuschüsse für den Aufbau von mehreren Batterieproduktionen (parallel zum geplanten Hochlauf der Fahrzeugproduktion) in Deutschland sind wichtig. Der Zugang zu den benötigten Rohstoffen muss sichergestellt werden. Außerdem setzen wir uns für die Installation einer Kreislaufwirtschaft, die einen Prozess von der Rohstoffgewinnung bis zur Wiederverwertung von Batteriekomponenten beinhaltet, ein.

Deutschland und Europa als geschützte Transformationsräume

Deutschland und Europa gehen in der Transformation ihrer Industrien voran. Wir müssen wieder mehr Dinge selber machen, aber das muss sich für die Unternehmen auch rechnen. Wir müssen unsere Wirtschaft daher gegen vorübergehende Kostennachteile in den für den Strukturwandel maßgeblichen Industriebereichen gegenüber billigeren, nicht nach unseren Standards und mit weniger Ambitionen insbesondere im Klimaschutz arbeitenden und zum Teil staatlich unterstützten Unternehmen aus anderen Ländern schützen. Der Wettbewerb darf im Strukturwandel nicht mehr nur über den Preis stattfinden, solange nicht alle Produkte den gleichen Zielen und Anforderungen unterworfen sind. Normen und Standards helfen Märkte zu entwickeln und schützen zugleich vor allem auch unsere eigenen Märkte und Unternehmen. Daher müssen wir unsere hohen Anforderungen auch verbindlich machen. Zum Beispiel könnte die Verwendung von ‚grünem‘ Stahl in der Automobilproduktion auf die CO₂-Bilanz angerechnet werden, um billigeren Importstahls mit schlechter CO₂-Bilanz einen Malus zu geben. Zum Schutz in der Transformation gegen ausländische Wettbewerber mit schlechteren Produktionsbedingungen müssen wir Instrumente wie eine Carbon Border Tax oder vergleichbare Mechanismen schnell praktikabel machen, um importierte CO₂-Emissionen zu bepreisen beziehungsweise Kostenmehrbelastungen durch Transformationsanstrengungen in Deutschland und Europa am globalen Markt auszugleichen. Handelsbeziehungen müssen Klimaanstrengungen berücksichtigen. Das gilt im Übrigen auch auf Europäischer Ebene und muss auch Maßgabe bei der Umsetzung der Investitionen im Rahmen des European Green Deal sein.

Ein teilstaatlicher Beteiligungsfonds ermöglichte darüber hinaus, cluster- und wertschöpfungsrelevante Zulieferer, die durch die Corona-Krise oder den Strukturwandel in Schwierigkeiten geraten, durch staatliche Beteiligung vor unerwünschten Übernahmen insbesondere von Investoren außerhalb der EU zu schützen.

Verlässlichkeit in den energiepolitischen Rahmenbedingungen und klimapolitischen Zielen

Der Strukturwandel findet unter den geltenden Rahmenbedingungen und klimapolitischen Zielen statt. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien für eine grüne Stromversorgung ist ein erfolgskritischer Faktor für den Industriestandort Deutschland und damit eines der prioritären Projekte. Dazu müssen wir die Erneuerbaren Energien wettbewerbsfähig machen, das EEG reformieren. Darüber hinaus steht eine Ertüchtigung des ETS zum Beispiel auf der Basis eines CO₂-Mindestpreises und eine Reform des Energiepreissystems an. Beides, Ausbau der Erneuerbaren wie Reform des Energiehandels- und -preissystems, sind entscheidende Rahmenbedingungen für einen gelingenden Strukturwandel des Industriestandortes Deutschland.

Qualifizierung und aktive Arbeitsmarktpolitik

Der Strukturwandel erfordert neue Fähigkeiten und Qualifikationen. Dafür bedarf es Zeit, Geld und Angebote zur Weiterbildung, bei der Umstellung in Betrieben, beim Transfer zwischen Betrieben bis hin zum Transfer zwischen Branchen oder sogar Berufen. Dafür müssen bestehende Instrumente angepasst und wo nötig ausgebaut werden.

Wir brauchen Qualifizierungsförderung für größere Beschäftigtengruppen, vereinbart und geplant von den Betriebsparteien, auch als Gruppenmaßnahme. Die Bundesagentur für Arbeit als künftige Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung muss hierbei eine zentrale Rolle spielen.

Mit dem erweiterten und erhöhten Kurzarbeitergeld haben wir in der Pandemie Millionen von Jobs gerettet und damit eine Brücke über die Krise gebaut. Die Beschlüsse der Koalition vom 25. August 2020 geben weitere Planungssicherheit. Durch die Verknüpfung der Erstattung der vollen Sozialversicherungsbeiträge für den Arbeitgeber an die Qualifizierung der Beschäftigten setzen wir zugleich einen wichtigen Anreiz für mehr Qualifizierung, um mit dem Wandel Schritt zu halten und so eine stabile Brücke auch in Zeiten der Krise in die Zukunft zu bauen.

Diesen Weg wollen wir weitergehen. Die Regeln für das Kurzarbeitergeld wollen wir anpassen, um es auch bei strukturellen Problemen auf Teilarbeitsmärkten besser einsetzbar zu machen. Die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes für Beschäftigte könnte (im Sinne eines Weiterbildungsbonus) an Qualifizierung geknüpft werden. Zudem sollten mögliche weitere Vorschläge der Tarifparteien zur Kombination von Arbeitszeitverkürzung und Weiterbildung (z. B. 4 Tage Arbeit, 1 Tag Weiterbildung) diskutiert werden.

Und schließlich benötigen Menschen im Strukturwandel, die in ihrem jeweiligen Betrieb keine Zukunft mehr haben, ein verlässliches Transferkurzarbeitergeld, das eine Mindestdauer vorsieht. Auch für den Fall der Insolvenz sollte die Förderung von Transfergesellschaften durch die Bundesagentur für Arbeit verbessert werden, so dass längere Förderdauern erreicht werden können. Auch ist sicherzustellen, dass es beim Übergang aus einer Transfergesellschaft in die Arbeitslosigkeit nicht zu leistungsrechtlichen Nachteilen beim Arbeitslosengeld kommt.